

Am 12. September wird **GEW**ählt!

Die GEW im Heidekreis hat fünf kommunalpolitische Forderungen aufgestellt.

Diese Forderungen haben wir den Parteien und den Landratskandidaten vorgelegt und um eine Stellungnahme gebeten.

Hier sind die Antworten:

1. Soziales Lernen: Aufstockung der multiprofessionellen Teams

Die Personaldecke im sozialpädagogischen Bereich der Schulen war schon immer sehr dünn. Die Pandemie hat dieses Problem nochmals deutlich verschärft – erste Auswirkungen im Sozial- und Arbeitsverhalten der SchülerInnen sind sichtbar und werden sich massiv verstärken.

Deshalb fordern wir eine Aufstockung der multiprofessionellen Teams an den Schulen durch weitere Sozialpädagog*innen.



Klaus Grimkowski-Seiler für die Bürgerunion:

Grundsätzlich unterstützen wir die sozialpädagogische Arbeit an unseren Schulen.

Dies sollte nicht zu Lasten des Heidekreises oder der Städte und Gemeinden gehen. Hier ist die Landespolitik am Zuge, um neben weiteren Lehrkörpern auch für die ausreichende Einstellung von Sozialpädagogen zuständig sein muss. Daher eine dringende Hausaufgabe für unsere der Landtagsabgeordneten.

Gerd Engel für die CDU:

Die Schulsozialarbeit ist Aufgabe der Landespolitik. Trotzdem unterstützen viele Kommunen ihr Schulen mit der Einstellung von Kräften für die Schulsozialarbeit.

Auf Kreisebene wird das Schulverweigerungsprogramm „Deine Chance“ finanziell unterstützt. Drei Kräfte sind an den Schulen tätig; eine Ausdehnung insbesondere auf weitere Schulen im südlichen Teil des Landkreises wird angestrebt.

Tanja Kühne für die FDP:

Diese Forderung unterstützen wir. Björn Försterling MdL, unser bildungspolitischer Sprecher, setzt sich seit Jahren auf Landesebene dafür ein.

Dr. Hans-Peter Ludewig für die Grünen:

Die Aufstockung der multiprofessionellen Teams durch weitere Sozialpädagog*innen wird von uns unterstützt, ist aber keine Kreis- sondern eine Landesaufgabe.

Wolfgang Haack für Die Linke:

Ganz unabhängig von den Folgewirkungen der Corona-Pandemie bedarf es einer Aufstockung im sozialpädagogischen Bereich. Einerseits können der soziale Ausgleich und die Herstellung von Chancengerechtigkeit nicht allein auf den Lehrkräften abgeladen werden und andererseits bedingt eine breit verstandene Inklusion eine umfassendere Orientierung auf die unterschiedlichen Begebenheiten der Schüler*innen. Sollen alle Kinder und Jugendliche gleichermaßen mitgenommen werden, kann dies nur durch eine ausreichende Anzahl an sozialpädagogischen Kräften bzw. multiprofessionellen Teams gewährleistet werden.

Tatjana Bautsch für die SPD:

Zur Verbesserung der Chancengerechtigkeit ist es unabdingbar, dass Kinder und Jugendliche an Schulen sozialpädagogische Begleitung bekommen können. Grundsätzlich ist das Land für die Ausstattung der Schulen mit Personal zuständig, die hiesigen Schulträger Heidekreis bzw. Gemeinde oder Stadt haben die Verantwortung für Gebäude und Sachausstattung. Im Heidekreis hat dennoch eine freiwillig geleistete anteilige oder sogar vollständige Finanzierung von Sozialpädagog*innen für staatliche Schulen eine jahrzehntelange Tradition. Wir unterstützen diese Forderung.

Jens Grote (Kandidat für das Amt des Landrats):

Besorgt bin ich, wie sich die Pandemie „auf die Seelen“ unserer Kinder ausgewirkt haben könnte. Im Grunde bräuchte es umgehend einer Bestandsaufnahme sowohl im Bereich der Kindertageseinrichtungen als auch der Schulen unter Beteiligung der Kinder- und Jugendhilfe und der freien Träger. Ich freue mich, dass einige Schulen Angebote auch in den Sommerferien anbieten, um Kinder und Jugendliche zumindest in Gemeinschaft zu bringen. Im Rahmen einer Bestandsaufnahme könnte auch eine Einschätzung erfolgen, ob und ggf. in welchem Umfang und an welchen Schulen es einer personellen Unterstützung im sozialpädagogischen Bereich bedarf. Zumindest in Schwerpunktschulen sollte dies, losgelöst von den Folgen der Pandemie, Standard sein.

Manfred Ostermann (Kandidat für das Amt des Landrats):

Die im Heidekreis bereits seit mehr als 15 Monaten anhaltende Pandemie mit Distanz- und Wechselunterricht haben nicht nur Auswirkungen auf das Sozial- und Arbeitsverhalten der Schüler und Schülerinnen.

Derzeit sind bereits an den Schulen im Heidekreis insgesamt 31 Sozialpädagogen bzw. Sozialpädagoginnen im Einsatz - außer am Gymnasium Munster, dem Gymnasium Soltau, der FöS Schwarmstedt, der FöS Soltau und der FöS Walsrode.

Dies reicht in den nächsten Jahren bedingt durch die Pandemie jedoch nicht aus.

Um das Sozialgefüge wieder dauerhaft in den Lerngruppen zu verankern, sind zusätzliche Sozialpädagogen und -pädagoginnen an den Schulen dringend erforderlich.

2. Digitale Ausstattung: Ausbau von Netz und Wartung

Die digitale Infrastruktur der Schulen hat noch nie den Anforderungen genügt. Durch die intensive Nutzung während der Pandemie wurden die Lücken im Netzausbau und die Mängel in der Nutzbarkeit für alle - SchülerInnen, Eltern und Lehrkräfte - deutlich sichtbar.

Deshalb fordern wir den Netzausbau innerhalb und außerhalb der Schulen und die Aufstockung der Wartung durch IT-Fachkräfte in den Schulen.



Klaus Grimkowski-Seiler für die Bürgerunion:

Der Beginn der digitalen Ausstattungen an unsere Kreisschulen hat (leider viel zu spät) mit der sächlichen und personellen begonnen. Selbstverständlich ist dies schnellstmöglich aufzustocken. In den Grundschulen sind die Städte und Gemeinden zuständig.

Gerd Engel für die CDU:

Wir wollen Glasfaser an jeder Schule; W-LAN in jedem Klassenraum, Kamera, Lautsprecher und Mikro für die Möglichkeit des Hybridunterrichts.

Die Lehrkräfte sollen alle ein Endgerät bekommen.

IT-Administratoren sollen für alle Schulen verfügbar sein.

Tanja Kühne für die FDP:

Das sehen wir genauso. Der weitere Ausbau der digitalen Infrastruktur beinhaltet auch die Vorhaltung der Wartung und steter Aktualisierung durch IT-Fachkräfte.

Dr. Hans-Peter Ludewig für die Grünen:

Die digitale Ausstattung der Schulen muss dringend ausgebaut werden. Dabei sehen wir nicht nur ein Hardwareproblem, sondern fordern auch eine Einbindung und Unterstützung der Lehrkräfte bezüglich der neuen digitalen Herausforderungen. Die in dem diesjährigen Haushalt festgeschriebenen IT-Fachkräfte müssen zeitnah gefunden und eingestellt werden. Eine Aufstockung dieser Stellen darf nicht ausgeschlossen werden.

Wolfgang Haack für Die Linke:

Auch hier gilt: die digitale Basis darf nicht vom einzelnen Engagement der Lehrkräfte abhängen und selbstverständlich muss eine digitale Infrastruktur an der Schule zumindest grundsätzlich mit den technischen Bedingungen außerhalb mitgehen. Vor allem Fachkräfte für die IT-Infrastruktur sind maßgeblich. Die Priorität sollte dabei vorerst auf den weiterführenden Schulen liegen und der digitale Ausbau darf nicht in Konkurrenz zu anderen Maßnahmen stehen.

Tatjana Bautsch für die SPD:

Angemessene Infrastruktur auf der Höhe der Zeit ist sehr wichtig für den Bildungserfolg. Die Pandemie hat aufgezeigt, dass es nicht nur auf moderne Ausstattung für jeden Raum auch im letzten Winkel in den Schulen selbst ankommt, sondern auch guter Netzabdeckung bis zum abgelegensten Heidebauernhof bedarf, wenn wirklich alle Kinder mitgenommen werden sollen in die digitale Zukunft. Wir setzen uns dafür ein, dass Lehrkräfte ihre Arbeitszeit wirklich für Unterricht und die Schüler*innen nutzen können und nicht dafür digitale Technik zu warten, Computer und digitale Tafeln zu reparieren und administrieren. Wir unterstützen diese Forderung.

Jens Grote (Kandidat für das Amt des Landrats):

Neben einer konsequenten Anbindung der Bildungseinrichtungen an das Glasfasernetz und der Ausstattung mit Hard- und Software bedarf es der Schulung und Weiterbildung von Lehrkräften im Umgang mit digitalen Medien, um die Bildungslandschaft im Heidekreis zukunftsfest aufzustellen. Dass es nicht die Aufgabe der Lehrkräfte sein kann, sich um die IT-Infrastruktur in den Schulen zu kümmern, ist für mich selbstverständlich.

Manfred Ostermann (Kandidat für das Amt des Landrats):

Durch den Digitalpakt konnten bereits rund 1.500 Endgeräte über die Schulen an die Schülerinnen und Schüler ausgegeben werden.

Für die Ausstattung der Endgeräte an Lehrerinnen und Lehrer im Landkreis bereitet der Heidekreis die Ausschreibung im Juli vor. Die Bedarfsabfrage bei den Schulen läuft.

In 2019 wurden insgesamt acht Administratoren in den Schulen des Heidekreises, einschließlich Grundschulen, etabliert. Weitere Administratoren sollen im kommenden Jahr eingestellt werden. Sie übernehmen den „Second-Level-Support“ an den Schulen und stehen in der Regel auch für den eigentlich vom Land zu finanzierenden „First-Level-Support“ zur Verfügung.

Bis Oktober 2022 wird in allen Kreisschulen die Verkabelung und damit auch die digitalpaktkonforme WLAN-Versorgung abgeschlossen sein.

Die Fertigstellung des „Blocks 1“ erfolgt bis Ende 2021 (KGS Schneverdingen, KGS Schwarmstedt, FöS Schwarmstedt, Gymnasium Walsrode, Gymnasium Soltau, OBS Walsrode, OBS ad Fallingbostal und BBS Soltau) Die Fertigstellung des Blocks 2 erfolgt bis Oktober 2022 (GOBS Neuenkirchen, GOBS Bispingen, GOBS Rethem, Gymnasium Munster, HS/RS Munster, OBS Soltau, OBS Bomlitz, OBS Hodenhagen, BBS Walsrode, FöS Walsrode).

3. Berufliche Bildung: Sicherung beider Standorte

Die Streichung von Bildungsgängen an den Berufsbildenden Schulen verstärkt den Fachkräftemangel in den Betrieben des Heidekreises.

Durch die Zusammenlegung von Bildungsgängen an einem der Standorte – Soltau oder Walsrode – erhöhen sich Fahrtkosten und Fahrzeiten für die BerufsschülerInnen. Das steigert die Attraktivität der Berufsbildenden Schulen jenseits der Landkreisgrenze.

Deshalb fordern wir die Erhaltung der Bildungsgänge mit geringen SchülerInnenzahlen und die Erstattung der Fahrtkosten auch für die BerufsschülerInnen.



Klaus Grimkowski-Seiler für die Bürgerunion:

Der Kreistag hat gerade den Ausbau beider Berufsschulen im Heidekreis beschlossen und dazu ein Strategiepapier für neue Ausbildungsgänge. Dadurch wurde die Wertigkeit der Berufsschulen enorm gestärkt. Einige Bildungsgänge wurden an Verden oder Rotenburg abgegeben, andere von uns übernommen. Wir sehen uns recht gut aufgestellt.

Bürgerunion/FDP und Grüne im Kreistag haben die Fahrtkostenerstattung bereits 2016 eingefordert. Seitens CDU/SPD wurde immer wieder verzögert im dem Argument, es muss ein Zeichen aus Hannover kommen.

Jetzt, nach vielen Nachfragen ist es zum Kompromiss gekommen. Wir werden weiterhin die Finger in die Wunde legen.

Gerd Engel für die CDU:

Die Berufsbildenden Schulen müssen den Fachkräftebedarf ausbilden. Das vorliegende Gutachten hat aufgezeigt, wo Schwerpunktbildungen und Investitionen notwendig sind. Das wird der nächste Kreistag abarbeiten.

Die Fahrtkostenerstattung für Sek II- und BBS-Schülerinnen und -Schüler mit einem Eigenanteil von 15 Euro pro Monat wird schon vom Landkreis übernommen, bis das Land seine Pläne dafür umsetzt.

Tanja Kühne für die FDP:

„Wenn alle studieren, wer baut dann unsere Universitäten?“

Im Rahmen unseres Antrags zur Reformierung des Wirtschaftsförderung im Heidekreis (s. Anhang), weisen wir die Berufsbildenden Schulen als Schlüsselfaktor für die Sicherung unserer Fachkräfte im Kreis aus.

Mit unserer Gruppe FDP/BU haben wir uns für kostenfreie Schülertickets Sek II eingesetzt. Vorstellbar wäre auch ein kostenneutrales Ticket für Auszubildende. Das würde aus unserer Sicht zum Themenspektrum der Wirtschaftsförderung passen.

Dr. Hans-Peter Ludewig für die Grünen:

Die BBSen müssen dringend sowohl baulich als auch ausstattungsmaßig saniert werden. Die Ausbildungen müssen den heutigen Anforderungen entsprechen, dabei sollten möglichst beide Standorte erhalten werden. Bei kostenintensiven Ausbildungsplätzen ist es uns allerdings wichtiger, dass eine möglichst gute Ausstattung zur Verfügung gestellt wird. Auf Antrag der GRÜNEN Kreistagsfraktion wurde bereits eine deutliche Reduzierung der Fahrtkosten auf € 15 mtl. erreicht.

Wolfgang Haack für Die Linke:

Ob unbedingt eine Landkreisgrenze als Entscheidungskriterium gelten muss, würden wir als LINKE nicht zwingend so sehen. Das Ziel vom Erhalt kleinerer Lerngruppen und kurzer Wege sollte das entscheidenden Kriterium beim Angebot der Bildungsgänge sein.

Die Erstattung von Fahrtkosten auch für Berufsschüler*innen ist für DIE LINKE selbstverständlich. Im besten Falle sollte ein landesweites kostenfreies AZUBI-Ticket eingeführt werden.

Gut nachvollziehen kann ich auch Ihre Forderungen zum Erhalt möglichst vieler Bildungsgänge an den Berufsschulen. Informationen zu den von Ihnen angedeuteten Planungen habe ich bislang nicht. Ich werde mich dazu informieren und wir sollten uns dazu zu einem späteren Zeitpunkt nochmals austauschen. Gerne können Sie mir zu der Thematik weitergehende Informationen zuleiten.

Tatjana Bautsch für die SPD:

Wenn der Heidekreis wirtschaftlich breit aufgestellt sein soll, müssen hier vor Ort auch möglichst viele Berufe ausgebildet werden können- dazu zählt dann auch ein Berufsschulangebot, selbst wenn die Klasse sehr klein ist. Wir unterstützen diese Forderung.

Jens Grote (Kandidat für das Amt des Landrats):

Bildungsgerechtigkeit und eine zukunftsweisende Ausstattung der Schulen sind für mich zentrale Vorhaben und haben höchste Priorität bei den Investitionen. Das gilt auch für die Berufsschulen, die einen besonderen Stellenwert zur Ausbildung von Fachkräften haben.

Manfred Ostermann (Kandidat für das Amt des Landrats):

Die Forderung des Erhalts von Bildungsgängen mit geringen Schüler- und Schülerinnenzahlen an den BBS-Standorten in Soltau und Walsrode begrüße ich sehr und unterstütze dies.

Auch Berufsschüler und Berufsschülerinnen können bereits das seit 1.8.2020 im Heidekreis eingeführte Angebot eines Schülermonatstickets für 15,-€ nutzen. Die volle Kostenfreiheit für Sek-II-Schülerinnen und Schüler sowie für die Berufsschüler/innen muss das weitere Ziel sein.

4. Gesundheitsschutz: Mehr Weitsicht und Kooperation

MedizinerInnen befürchten, dass wir in Zukunft immer wieder mit Pandemien zu kämpfen haben werden. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie schwerfällig die betroffenen Behörden – z.B. Sozialministerium, Niedersächsisches Landesamt für Schule und Bildung, Gesundheitsamt – zusammenarbeiten: Masken, Testkits und Impfungen kamen immer erst, wenn sie überfällig waren. Auf Luftfilter haben viele Schulen vergeblich gewartet.

Deshalb fordern wir die rechtzeitige Anschaffung und Bevorratung mit Masken, Testkits und Luftfilteranlagen - wo diese nötig sind. Weiter fordern wir eine effektivere und konstruktivere Zusammenarbeit der betroffenen Behörden.



Klaus Grimkowski-Seiler für die Bürgerunion:

Die Versorgung mit Masken hat mit Problemen begonnen, jetzt läuft es den Berichten zufolge gut.

Bei der Versorgung mit Luftfilteranlagen haben wir erhebliche Mängel im Landkreis, die beseitigt werden sollten. Bürgerunion/FDP weisen immer wieder auf die Problematik hin und hoffen auf das Einlenken der anderen Fraktionen.

Gerd Engel für die CDU:

Wir wollen eine bessere Koordination der zuständigen Behörden und eine zukunftsfähige Ausstattung unseres Gesundheitsamtes.

Tanja Kühne für die FDP:

Seit letztem Jahr haben wir als FDP-Fraktion stetig die Anschaffung von Luftfilteranlagen gefordert und uns dafür eingesetzt. Seit Montag, den 12.7. sind zumindest im Kreis die Weichen dafür gestellt. Weiter fordern wir auf Landesebene, dass kostenfreie Testtools für den täglichen Gebrauch zur Verfügung gestellt werden. Es sollten jetzt im Sommer alle Maßnahmen getroffen werden, damit ein reibungsloser Präsenzunterricht möglich ist.

Dr. Hans-Peter Ludewig für die Grünen:

Wir unterstützen Ihre Forderung nach mehr Weitsicht und Kooperation im Gesundheitswesen und erwarten, dass die Sommerferien genutzt werden, um die Schulen auf die Abwehr einer 4. Welle der Pandemie vorzubereiten.

Wolfgang Haack für Die Linke:

Durch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe gibt es bereits Risikoeinschätzungen und definierte Maßnahmen die zur Pandemievorsorge beitragen bzw. den Umgang mit einer Pandemie regeln. Diese Vorsorgemaßnahmen wurden leider nicht so umgesetzt – so wie es bei vielen Dingen erst zum „Crash“ kommen muss und dann erst die Vorsorgemaßnahmen ernst genommen werden. Hier ist nach der Pandemie besonders darauf zu achten, dass die Vorsorge wirklich vorgehalten wird. Hinsichtlich der Testkits und Impfungen sollte eine umfassende Evaluation der jetzigen Pandemie und des Umgangs damit erfolgen. Trotz aller Anfangsschwierigkeiten sollte aber auch festgehalten werden, dass vieles nach etwas hin und her gut funktioniert hat. Wichtig bleibt die Auswertung um für zukünftige Ereignisse zumindest die Dinge zügig angehen zu können, die planbar sind – wie z. B. eine ausreichende Anzahl an Luftfilteranlagen.

Tatjana Bautsch für die SPD:

Die Rückmeldungen aus den kreiseigenen Schulen zur staatlichen Unterstützung bei der Pandemiebewältigung nehmen wir ernst. Sie unterscheiden sich inhaltlich teils deutlich vom Tenor in den Pressemitteilungen des Schulträgers. Kooperationsstrukturen im Gesundheitswesen in Bezug ihrer Auswirkungen auf den Bildungsbereich sollten überprüft und verbessert werden. Wir unterstützen diese Forderungen.

Jens Grote (Kandidat für das Amt des Landrats):

Ich teile Ihre Auffassung, dass die Zeit jetzt – gerade in den Sommerferien – genutzt werden müsste, die Klassenräume mit geeigneten Luftfilteranlagen auszustatten oder deren Anschaffung zumindest einzuleiten. Aus meiner beruflichen Tätigkeit ist mir bekannt, dass Masken und Testkits derzeit in ausreichendem Umfang vorhanden sind oder beschafft werden können, so dass eine größere Bevorratung in den Bildungseinrichtungen derzeit nicht erforderlich sein dürfte.

Aber Sie haben natürlich Recht, dass stets im Blick sein muss, welche Dinge ggf. gebraucht werden, aber knapp sein könnten. In der Krise hat sich gezeigt, dass es wichtig ist, vor die Lage zu kommen, auch bei Beschaffungen.

Ob die Behörden und Stellen im Heidekreis in der Pandemie gut zusammengearbeitet haben, kann ich noch nicht ausreichend beurteilen. Zugetragen wurde mir, dass viele Stellen sich zeitgleich mit den selben Fragestellungen befasst haben. Möglicherweise hätte der Kreis hier mehr als Servicedienststelle agieren können. In jedem Fall ist eine Reflexion der Zusammenarbeit sinnvoll und auch erforderlich, um erforderlichenfalls Lehren für die Zukunft ziehen zu können.

Manfred Ostermann (Kandidat für das Amt des Landrats):

Zur Aufrechterhaltung der Leistungs- und Arbeitsbereitschaft der systemrelevanten Bereiche kommissioniert der Heidekreis seit Beginn der Pandemie für das Heidekreisklinikum, Reha-Einrichtungen, Arzt- und Zahnarztpraxen, Hilfsorganisationen, Behörden, die eigenen Kreisverwaltungsbehörden und andere systemrelevanten Einrichtungen auf Wunsch sämtliche Schutzausrüstungen, Masken, Testkits, Desinfektionsmittel und anderes benötigtes Material und liefert es mit Unterstützung der Städte und Gemeinden an die Einrichtungen aus. Davon haben in Hoch-Zeiten der Pandemie etwa 120 Einrichtungen, Praxen und Organisationen

Gebrauch gemacht.

Auch die Schulen sind mit Desinfektionsmittel in ausreichenden Mengen versorgt worden.

Zu Engpässen ist es bisher nicht gekommen. Jeder konnte von Anfang an wunschgemäß beliefert werden. Einer Bevorratung mit ausreichenden Wartungs- und Austauschintervallen vor Ablauf der Haltbarkeits-Angaben steht nichts im Wege.

5. Schulformen im Heidekreis: Es fehlt eine IGS

Seit 50 Jahren gibt es Integrierte Gesamtschulen im Land Niedersachsen. Im Heidekreis fehlt diese Schulform noch.

Viele Eltern wünschen sich jedoch eine IGS für ihre Kinder, weil diese Schulform Integration, Inklusion und die großen Unterschiede im Lern- und Sozialverhalten zum Programm gemacht hat.

Deshalb fordern wir die Einrichtung einer Schule für alle Kinder, einer Integrierten Gesamtschule, im Heidekreis.



Klaus Grimkowski-Seiler für die Bürgerunion:

Den Weg zur Schaffung einer IGS können wir leider nicht mitgehen. Gerade die großen Unterschiede im Lernverhalten lassen uns an den alten Schulformen festhalten. Sicherlich sind Inklusion und Integration ein Ansatz für die Errichtung einer IGS. Dies reicht uns aber nicht aus. Im Vordergrund muss das Lern- und Lehrverhalten einer Schule stehen und damit die Schulformen Hauptschule, Realschule und Gymnasium.

Gerd Engel für die CDU:

Die letzte Befragung der Eltern hat keine Mehrheit für eine Genehmigungsfähigkeit der Einrichtung einer IGS ergeben. Nach Vorliegen der schon beauftragten Schulstruktur- Untersuchung im südlichen Teil des Heidekreises wird der neue Kreistag entscheiden, wo und wie ein weiteres Schulangebot auf den Weg gebracht wird.

Tanja Kühne für die FDP:

Zur Einrichtung einer IGS im Heidekreis haben wir eine differenzierte Herangehensweise: Sie haben mit Sicherheit recht, dass sich viele Eltern eine IGS im Heidekreis wünschen. Aber die Befragung der Eltern vor fünf Jahren hat ergeben, dass die Einrichtung einer IGS KEINE Mehrheit ergeben hat.

Wäre das Ergebnis von damals von allen akzeptiert worden, hätten wir im Südkreis, z.B. bzgl der OBS in Bomlitz, bereits weitreichendere Sanierungskonzepte, als sie jetzt vorliegen. Es verfestigt sich der Eindruck, dass das Offenhalten einer IGS als Option, das stringente Handeln im Schulentwicklungsplan behindert.

Die Einrichtung der IGS hätte Einfluss auf die gesamte Schulstruktur im Heidekreis. Hier sollte sorgfältig abgewogen werden, ob eine erneute Unruhe in der Schullandschaft im Kreis nicht kontraproduktiv wäre.

Um schwächere Schülerinnen und Schüler, auch zeitweise, aufzufangen, sollten die außerschulischen Betreuungen evaluiert und ggfs. niederschwelliger aufgestellt werden.

Jetzt gilt es, das Ergebnis des Gutachtens über die Schulstruktur im Südkreis und entsprechende Maßnahmen abzuleiten.

Hintergrund für das Gutachten ist neben der unkonkreten Schulstruktur auch die Achtzügigkeit des Gymnasiums in Walsrode.

Aus unserer Sicht sollten wir auch die Möglichkeit von der Errichtung eines weiteren Gymnasiums in Betracht ziehen. Mit unterschiedlichen Schwerpunkten könnten zwei Gymnasien im Südkreis die Bildungsqualität aufwerten.

Dr. Hans-Peter Ludewig für die Grünen:

Ja es fehlt eine IGS. Dass jetzt erst wieder eine Studie über die Schulentwicklungsplanung im südlichen Heidekreis in Auftrag gegeben wurde, darf zu keinerlei Verzögerung der ohnehin schon jahrelang verzögerten Investitionen führen.

Wolfgang Haack für Die Linke:

Hinter der Forderung einer IGS für den Heidekreis steht DIE LINKE ohne Wenn und Aber. Inklusive Bildung ist der Maßstab für die Gestaltung der Schullandschaft und insbesondere eine IGS steht für einen inklusiven Bildungsansatz - der Leitgedanke einer inklusiven Bildung entspricht eigentlich auch den deutschen Bildungszielen.

Eine IGS ermöglicht eine Bildung, die die unterschiedlichen Talente und Bedürfnisse des einzelnen in den Mittelpunkt stellt sowie die unterschiedlichen Herkünfte - seien es die sozialen/ökonomischen Voraussetzungen oder die integrativen Aspekte. Eine emanzipatorische Bildung wird ermöglicht.

Ebenfalls darf nicht unterschätzt werden, wie unterschiedlich die Entwicklungsschritte von Kindern und Jugendlichen ablaufen und auch hier hilft das Prinzip einer IGS auf den Einzelnen einzugehen. Laufend wird von Chancengerechtigkeit gesprochen – eine IGS kann, neben der ausreichenden Anzahl an sozialpädagogischer Begleitung in der Schule, ein weiterer wesentlicher Baustein sein und sollte möglichst an einem zentralen Standort im Heidekreis ein Teil der Bildungslandschaft sein.

Tatjana Bautsch für die SPD:

Der Heidekreis hat viele Schulen für alle (Schulabschlüsse), auch zwei Kooperative Gesamtschulen gibt es, dennoch ist hier bisher keine IGS-Gründung zustande gekommen. Dabei fehlte es bei bisherigen Anläufen allerdings weniger am politischen Willen, sondern an konkreten Interessensbekundungen von Elternseite im dafür vom Land Niedersachsen geforderten Ausmaß. Die SPD wünscht sich die Gründung einer Integrativen Gesamtschule im Heidekreis und wird sich weiterhin dafür einsetzen. An der Sicherung der kleinen Oberschulstandorte in den Gemeinden bzw. Samtgemeinden halten wir gleichzeitig fest.

Jens Grote (Kandidat für das Amt des Landrats):

Das Thema IGS hat mich bereits erreicht. Ich kenne die Schulform und halte sie für viele Schülerinnen und Schüler gut geeignet. Ob und wo es dafür einen geeigneten Standort im Heidekreis geben könnte, kann ich noch nicht beurteilen. Derzeit wird eine IGS zur Entlastung des Gymnasiums in Walsrode diskutiert. Insoweit wäre es m.E. wichtig, Schülerinnen und Schüler und deren Eltern zu befragen. Nur wenn die Schule angenommen würde, wäre eine Entlastung des Gymnasiums mittelfristig zu erwarten.

Manfred Ostermann (Kandidat für das Amt des Landrats):

Dem Heidekreis fehlt die Schulformen „IGS“.

Für die Attraktivität zuzugsinteressierter Eltern und als Angebot für IGS-interessierte Eltern im Heidekreis ist diese Schulformen wichtig.

Zwei Versuche sie einzuführen verfehlten 2010 und 2016 bei der Elternbefragung die erforderliche „Mehrheit“, der Landesschulbehörde Lüneburg den Nachweis einer Vierzügigkeit über einen Zeitraum von zehn Jahren zu erbringen. Die mit der Landesschulbehörde zuletzt vor etwa zehn Monaten geführten Beratungen erfordern entweder eine erneute Elternbefragung mit der für den Nachweis der Vierzügigkeit (96 Schülerinnen und Schüler) notwendigen Angabe der Eltern, sich vorstellen zu können, ihre Kinder an der IGS anzumelden. Oder aber einen anderen Nachweis der dauerhaften Vierzügigkeit unter Verzicht auf eine Elternbefragung.

Wenngleich für eine IGS mit gymnasialer Oberstufe zwei Genehmigungen durch die Landesschulbehörde (jetzt Regionales Landesamt für Schule und Bildung) erforderlich sind (für Sek II frühestens nach Ablauf von fünf Jahren nach Einführung der IGS-Sek-I) so sollte eine IGS - auch nach den Vorstellungen der Landesschulbehörde - von vornherein mit Sek I und Sek II geplant werden. Dafür setze ich mich ein.

Euer GEW-Kreisverband Heidekreis, Ameisenweg 3, 29640 Schneverdingen (August 2021)